

## 17. Blaesheim-Treffen in Genshagen: „Wir sind uns vollkommen einig.“

**Gemeinsame Pressekonferenz von Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder, 9. Februar 2004**

Im Rahmen ihrer regelmäßigen inoffiziellen Konsultationen (Blaesheim-Format) haben sich Staatspräsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Schröder am 9.2.2004 im Schloss Genshagen bei Berlin getroffen. Themen waren dabei anstehende europäische Fragen wie die Verabschiedung einer Verfassung, der Irak sowie das mögliche Zusammengehen des französischen Pharmaunternehmens Sanofi-Synthélabo mit dem deutsch-französischen Pharmakonzern Aventis. Stellungnahmen von Staatspräsident Chirac in Auszügen:<sup>1</sup>

Chirac: „Ich danke dem Bundeskanzler für seinen Empfang und möchte ihm sagen, wie sehr ich, wie sehr wir uns freuen, ihn hier wiederzusehen, in dieser wunderbaren Einrichtung, und ich habe mich gefreut, heute morgen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg sowie Herrn von Thadden, einen alten Freund, begrüßen zu können. Zum Rest habe ich dem, was der Bundeskanzler gesagt hat, nichts hinzuzufügen. Zu den europäischen Problemen, die wir angesprochen haben, teilen wir dasselbe Gefühl, wir haben dieselbe Einstellung dazu. Das wird im Übrigen der Bundeskanzler in unser beider Namen heute Abend dem irischen Premierminister und amtierenden EU-Präsidenten sagen. Wir haben auch genau dieselbe Vorstellung von der Zukunft des wirtschaftlichen und finanziellen Europa, der Bundeskanzler hat es soeben gesagt. Was die internationalen Probleme angeht, so verfolgen wir ebenfalls denselben Ansatz; das trifft besonders auf den Irak zu, wo Deutschland und Frankreich ein und dieselbe Haltung vertreten. Nicht zuletzt haben wir über die Notwendigkeit gesprochen, die Integration zu stärken und in diesem Bereich zwischen Deutschland und Frankreich weiter zu gehen. In einigen Bereichen haben unsere deutschen Partner Vorschläge gemacht, die wir voll und ganz befürworten.“

Frage: „Können Sie uns genauer sagen, um welche deutschen Vorschläge zur Vertiefung es sich handelt?“

Chirac: „Der Bundeskanzler wird heute Abend bei der irischen EU-Präsidentschaft sowohl im Namen Deutschlands als auch im Namen Frankreichs sprechen. Ich wiederhole: Wir sind uns vollkommen einig. Wir wünschen uns noch im Juni unter irischer Präsidentschaft eine Einigung über die europäische Verfassung; aber falls dies nicht möglich sein sollte, gehen wir davon aus, dass eine Einigung unter niederländischer Präsidentschaft erfolgen muss, also vor Ablauf dieses Jahres. Was die Modalitäten angeht, stimmen wir ohne Vorbehalte überein: im Hinblick auf den Vorschlag, den der Konvent sich wünscht, nämlich die doppelte Mehrheit nach dem Prinzip 50/60; im Hinblick auf eine zahlenmäßig kleinere Kommission, damit sie effizient und möglichst schnell wirklich europäisch ist; oder auch, wenn es darum geht zu vermeiden, dass der europäische Rat durch eine übertriebene Einstimmigkeitsregelung blockiert wird. Wir wünschen uns also, dass die Mehrheitsentscheidungen mehr Themen abdecken können. [...]“

Was Sanofi angeht, so sind dies private Angelegenheiten, die an der Börse notiert werden, und die Entscheidungen hängen nicht von den Regierungen ab. Dagegen haben der Bundeskanzler und ich darauf hingewiesen, dass wir mit großer Wachsamkeit auf die Arbeitsplätze und die Forschungszentren achten, und ich freue mich über die offizielle Erklärung, die der Vorstand von Sanofi in Frankfurt abgegeben hat, nämlich dass die rund 9 000 deutschen Arbeitsplätze von Aventis oder die Forschungszentren in Frankfurt und Umgebung durch die laufende Operation nicht infrage gestellt werden könnten. Das ist in unseren Augen natürlich wesentlich.“

<sup>1</sup> 17. Begegnung der Regierenden der Nachbarländer im Rahmen des Blaesheim-Prozesses seit 2001. Quelle: Französische Botschaft, [www.botschaft-frankreich.de](http://www.botschaft-frankreich.de), veröffentlicht am 10.2.2004.

## Das Dokument

# Dreier-Gipfel in Berlin

**Gemeinsame Initiative von Frankreich, Deutschland und Großbritannien für Wachstum und soziale Sicherheit, 18. Februar 2004**

### Gemeinsamer Brief

von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Präsident Jacques Chirac und Premierminister Tony Blair an den Präsidenten des Europäischen Rates, Ministerpräsident Bertie Ahern, und den Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi:<sup>1</sup>

„Sehr geehrter Taoiseach,  
Sehr geehrter Herr Präsident,  
Europa hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Ende dieses Jahrzehnts zum wirtschaftlich dynamischsten Raum der Erde zu werden. Es hat im Rahmen des Lissabon-Prozesses erhebliche Fortschritte auf diesem Weg gemacht und wird von den großen wirtschaftlichen Potenzialen der EU-Erweiterung profitieren. Der sich stabilisierende Wirtschaftsaufschwung, zu dem der Dreiklang aus Strukturreformen, konjunkturellen Impulsen und Konsolidierung in den Mitgliedstaaten beigetragen hat, ist eine gute Ausgangsbasis für weitere Fortschritte. Gegenwärtig ist vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs die Wachstums- und Produktivitätsdynamik in Europa immer noch zu schwach:

- Den Mitgliedstaaten der EU gelingt es häufig nicht, die hervorragenden europäischen Forschungsergebnisse optimal zu nutzen;
- zu oft werden der Entfaltung des unternehmerischen Potenzials in Europa Steine in den Weg gelegt;
- je mehr Menschen arbeiten und je besser diese qualifiziert sind, um so höher ist das Wachstum.

Es ist das Verdienst der von Wim Kok geleiteten Kommission zur Beschäftigungspolitik, das Bewusstsein für diese einfachen Wahrheiten geschärft zu haben. Die

Mitgliedstaaten müssen sich jetzt auf die Schlüsselfragen der Innovation als eine den Unternehmergeist fördernde Kraft sowie die Reform der Produkt- und Arbeitsmärkte konzentrieren. Die Modernisierung des europäischen Sozialmodells, das durch die breite Teilhabe der arbeitenden Menschen an den Werten und Entscheidungen unserer Gesellschaften im Einklang mit den jeweiligen nationalen Traditionen gekennzeichnet ist, muss ein weiterer Schwerpunkt sein. Eine innovative und beschäftigungsintensivere Wirtschaft wird uns helfen, unsere sozialen Sicherungssysteme für künftige Generationen zu erhalten. Gleichzeitig bedarf es umfassender Reformen dieser Systeme, um angesichts der demographischen Entwicklung ihre nachhaltige Finanzierbarkeit sicherzustellen.

### Für ein innovativeres Europa

Europa ist mit Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) in Höhe von 2 % des BIP immer noch weit von seinem strategischen 3 %-Ziel entfernt, wobei zwei Drittel dieser Summe durch den Privatsektor finanziert werden sollen. Die im Dezember verabschiedete Europäische Wachstumsinitiative muss stärker auf wachstumssträchtige Schlüsseltechnologien wie die Lebenswissenschaften und die Nano-, Kommunikations-, Energie- und Umwelttechnologien ausgerichtet werden. In diesem Zusammenhang muss die EIB eine Schlüsselrolle spielen. Europa sollte sich auch weiterhin an Projekten wie ITER oder der Forschung an Weltraumsystemen beteiligen. Investitionen in F&E sind nur ein Teil des Innovationsprozesses. Ebenfalls von Ausschlaggebender Bedeutung für den Erfolg ist die Fähigkeit der Wirtschaft, Forschungsinitiativen in wirtschaftlich rentable Prozesse und Produkte umzusetzen. Darüber hin-

<sup>1</sup> Gemeinsame Initiative von Frankreich, Deutschland und Großbritannien für Wachstum und soziale Sicherheit, Quelle: Französische Botschaft, [www.botschaft-frankreich.de](http://www.botschaft-frankreich.de), veröffentlicht am 19.2.2004.

aus sind Universitäten und europäische Forschungszentren zu ermutigen, die wissensgestützte Wirtschaft zu stärken, und engere Kontakte untereinander herzustellen, um hochkarätige Bildungs- und Forschungspole zu schaffen, die international wettbewerbsfähig sind.

- Das Europäische Forschungsrahmenprogramm muss vereinfacht werden, um es für Wirtschaft und Wissenschaft benutzerfreundlicher zu machen. Schwerpunkte sollten die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen und Wissenschaft sowie Impulse für Zukunftstechnologien sein. Die Förderung der Grundlagenforschung sowie der angewandten Forschung muss gestärkt werden. In diesem Zusammenhang werden wir mit Interesse die Vorschläge der Kommission zur künftigen Struktur der europäischen Forschung prüfen, einschließlich der Gründung eines Europäischen Forschungsrates.

- Die europäischen Rahmenbedingungen für das geistige Eigentum müssen verbessert werden. Wir hoffen auf eine baldige Verabschiedung der Richtlinie zu computerimplementierten Erfindungen sowie der Durchsetzungsrichtlinie, um den Kampf gegen Produktpiraterie und Nachahmung zu stärken. Das Gemeinschaftspatent muss gewährleisten, dass es im Ergebnis einen angemessenen Interessenausgleich zwischen den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Verbraucher gibt. Es muss kostengünstig und wirtschaftlich attraktiv sein. Die Lizenzierung im Technologiebereich ist für die Verbreitung von Innovationen ebenfalls wichtig. Die Kommission sollte bei der Überarbeitung der Gruppenfreistellungsverordnung für den Technologietransfer eng mit den Mitgliedstaaten und der Wirtschaft zusammenarbeiten.

- Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten eine konsequente Abschätzung der Folgen von Gesetzesvorhaben für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen vornehmen. Die Kommission sollte zudem einen Zeitplan mit klar definierten Zielen entwerfen, um Regulierungen und bürokratische Maßnahmen abzubauen, die Wettbewerb und Innovation über Gebühr hemmen.

- Die Mitgliedstaaten müssen Innovationen effektiver fördern können. Sie brauchen ferner die Flexibilität, um wirksam eingreifen zu können, wenn es um die Unterstützung von Unternehmen im Zuge der Entwicklung des EU-Risikokapitalmarkts geht. Besonderes Augenmerk muss den Problemen innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen sowie neuen Ansätzen zur Unterstützung von Kleinunternehmen gelten. Auch eine bessere Unterstützung der langfristigen Forschung mit hohem Risiko verdient besondere Aufmerksamkeit. Die Kommission sollte in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten den Rahmen für staatliche Beihilfen prüfen, um zu gewährleisten, dass Leitlinien für

staatliche Beihilfen und Risikokapital in geeigneter Weise auf die wichtigsten Marktmängel zugeschnitten werden, die die unternehmerische Tätigkeit behindern.

- Schließlich ist es wichtig, dass die Wettbewerbspolitik der Kommission die Eigenheiten des internationalen Wettbewerbs und der erforderlichen industriellen Entwicklung Europas stärker berücksichtigt. Die Förderung der unternehmerischen Tätigkeit ist ein lebenswichtiges Element für die Schaffung von nachhaltiger Beschäftigung und dauerhaftem Produktivitätswachstum. Unternehmerische Tätigkeit und Unternehmensegeist spielen eine wichtige Rolle bei der effizienteren Zuführung von Kapital und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Gründung und den Aufbau von Unternehmen. Die Gründung neuer Unternehmen verstärkt den Wettbewerbsdruck auf bestehende Unternehmen, sorgt für neue Ideen und innovative Ansätze und kann zu einer größeren Auswahl und einem Mehrwert für die Verbraucher führen.

- Der legislative Rahmen auf europäischer Ebene und der Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten muss die unternehmerische Tätigkeit fördern, anstatt sie zu behindern. Sowohl auf der Ebene der Mitgliedstaaten als auch der Gemeinschaft sind Maßnahmen erforderlich, um den ordnungspolitischen Rahmen so zu modernisieren, dass er optimale Chancen für unternehmerische Tätigkeit und Wettbewerbsfähigkeit bietet. Auf EU-Ebene sollten sich die Mitgliedstaaten verpflichten, nur Vorschläge in Erwägung zu ziehen, mit denen eine angemessene Folgenabschätzung einhergeht, und es sollten Mechanismen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit entwickelt werden. Zur Verbesserung geltender Rechtsvorschriften sollten der Rat und die Kommission einen klaren Zeitplan setzen. Die Mitgliedstaaten sollten ebenfalls Schritte zur Verbesserung ihrer eigenen Regelungssysteme unternehmen.

- Um das Profil einer unternehmensfreundlichen Politik zu schärfen und den unternehmerischen Erfolg unionsweit zu würdigen, sollte die Kommission Vorschläge zur Ausschreibung eines Wettbewerbs unterbreiten, mit dem „Europäische Zentren des Unternehmertums“ ermittelt werden sollen.

### Für mehr Beschäftigung in Europa

Der Bericht der Kok-Kommission macht deutlich, dass dringend gehandelt werden muss, wenn Europa das Lisbon-Ziel einer Beschäftigungsquote von 70 % im Jahr 2010 erreichen soll, um seinen Wohlstand und sein Sozialmodell auf Dauer zu sichern. Wir begrüßen nachdrücklich die konkreten Handlungsempfehlungen des Berichts. Diese werden der Europäischen Beschäftigungsstrategie dringend benötigte Impulse verleihen. Alle Mitgliedstaaten sollten sich auf der kommenden Frühjahrstagung verpflichten, im Lichte dieser Empfeh-

lungen dringende und einschlägige Maßnahmen zu ergreifen und den Austausch von guten Praktiken weiter zu intensivieren.

- Die Qualität unseres Humankapitals muss durch bessere Bildung und durch eine konsequente Förderung des Prinzips des „lebenslangen Lernens“ weiter verbessert werden.

- Wir müssen die Gründung neuer Unternehmen erleichtern. Hierzu gehören ein günstigeres Regelungs-umfeld und die bessere Verfügbarkeit von Risikokapital, insbesondere für neue Firmen. Der letzte Aspekt ist auch unter dem Gesichtspunkt der Innovation von großer Bedeutung. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass unsere Steuer- und Sozialsysteme genügend Anreize zur Bereitstellung beziehungsweise zur Aufnahme von Arbeit bieten.

- Wir brauchen eine modern organisierte Arbeitsvermittlung in den Mitgliedstaaten, die den Bedürfnissen sowohl der Arbeitssuchenden als auch der Arbeitgeber gerecht wird. Beratung und Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche müssen frühzeitig einsetzen, um der Entstehung von Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die Angebote einer aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen im Sinne des „Förderns und Forderns“ stärker auf die individuellen Bedürfnisse von Arbeitslosen und inaktiven Menschen im erwerbsfähigen Alter ausgerichtet werden. Wir müssen uns darauf konzentrieren, den Menschen Anreize zu bieten, damit sie länger im Arbeitsleben verbleiben, und den Arbeitgebern, damit sie ältere Arbeitnehmer einstellen und dauerhaft beschäftigen.

- Der Erfolg dieser Reformbemühungen setzt eine intensive Einbindung der Sozialpartner auf jeder Ebene voraus.

### **Modernisierung des Europäischen Sozialmodells**

Niemand darf wegen schwerer Krankheit, dauerhafter Erwerbsunfähigkeit, familiärer Umstände oder Alter von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Der beste Weg, dies auf EU-Ebene zu gewährleisten, ist der Austausch bester Praktiken, die sicherstellen, dass alle die besten verfügbaren Techniken nutzen können, die den jeweiligen Gegebenheiten in den 25 Mitgliedstaaten entsprechen. Europa sieht sich gegenwärtig mit einem Bevölkerungsrückgang und einer alternden Bevölkerung konfrontiert. Diese Lage ist beunruhigend und erfordert dringende Maßnahmen.

- Die umfassende Förderung von Familien kann die demographische Entwicklung langfristig verbessern. Ein verbessertes System der Kinderbetreuung berufstätiger Eltern kann die Beschäftigungsquote vor allem bei Frauen erhöhen. Die demographische Entwicklung erfordert grundlegende Reformen zur Erhaltung unserer Alterssicherungssysteme. Zur Sicherung der Renten brauchen wir mehr erwerbstätige Menschen.

Der Anteil älterer Menschen an der Erwerbstätigenzahl muss auch durch die Förderung des aktiven Alterns und die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer erhöht werden. Unser Ziel bleibt die langfristige Schaffung eines Gleichgewichts zwischen der sozialen Angemessenheit von Leistungen und der finanziellen Nachhaltigkeit unserer Alterssicherungssysteme.

- Wir müssen uns darauf konzentrieren, einen möglichst breiten Zugang zu modernsten medizinischen Leistungen zu sichern. Die Herausforderung, die Gesundheitsausgaben unter Kontrolle zu halten, ist für uns ein wichtiges Anliegen. Der OECD-Durchschnitt von 7,1 % des BIP im Jahr 1988 ist auf 8,4 % im Jahr 2001 angestiegen. Die Mitgliedstaaten müssen die Ausgaben-effizienz ihrer Gesundheitssysteme verbessern. Präventive Maßnahmen, insbesondere zur Bekämpfung von Krebs – wobei Rauchen einer der größten Risikofaktoren ist – müssen stärker in den Vordergrund gestellt werden. Es sollten alle Maßnahmen getroffen werden, um den Tabakverbrauch zu senken. Schließlich sollte, um den Auswirkungen der jüngsten EUGH-Urteile auf die Arbeitszeitrichtlinie zu begegnen, dringend eine Lösung auf EU-Ebene gefunden werden, insbesondere aber nicht ausschließlich für den Gesundheitssektor.

- Europa muss die öffentliche Gesundheit und die Prävention aktiv fördern, insbesondere um neuen viralen Gefahren vorzubeugen. Außerdem muss es große Anstrengungen unternehmen, um auf dem Gebiet der Entwicklung von Impfstoffen gegen AIDS und seltene Krankheiten intensiv zu forschen.

In einer EU von 25 müssen wir in die Zukunft blicken, um zu gewährleisten, dass wir die bestmöglichen Mechanismen für die Verwirklichung der Ziele der EU zur Verfügung haben. Die von uns beschriebene Politik reicht weit in den Zeitraum des nächsten EU-Finanzrahmens hinein. Sie kann mit einer Finanzausstattung von 1 % des EU-BNE finanziert werden, da es im Wesentlichen um die Setzung von besseren Rahmenbedingungen und um eine effizientere Mittelverwendung geht. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Initiative des irischen Vorsitzes und der nachfolgenden drei Vorsitze zur Reform des legislativen Rahmens in Europa als Mittel zur Verwirklichung unserer Wachstumsziele.

Außerdem fordern wir zur Verwirklichung unserer Wachstumsziele die Ernennung eines ausschließlich für Fragen der Wirtschaftsreform zuständigen Vize-Präsidenten der Kommission. Diese Person sollte die Lissabon-Agenda vorantreiben und eine Koordinierungsfunktion gegenüber den Kommissaren ausüben, deren Ressorts für ihre Umsetzung von besonderer Bedeutung sind. Der Vize-Präsident sollte die Mitspracherecht bei allen EU-Vorhaben besitzen, die Auswirkungen auf die Ziele der Lissabon-Agenda haben.

Wir hoffen, dass der Europäische Rat unserem Ansatz folgt, zur Erreichung der Lissabon-Ziele, einschließlich der nachhaltigen Entwicklung, klare Prioritäten zu setzen. Wachstum bleibt der Schlüssel zur Verwirklichung unseres Ziels eines dynamischen, beschäftigungsintensiven und damit sozialen Europas. Wir laden die Mitglieder des Europäischen Rates ein, am 25./26. März 2004 weitere Vorschläge in diesem Sinne zu unterbreiten. Unsere Minister, die unsere Vorstellungen in drei

Arbeitspapieren weiter konkretisiert haben, werden unsere Vorschläge in die einschlägigen Fachministerräte einspeisen.

Wir übersenden Kopien dieses Schreibens an unsere Kollegen im Europäischen Rat und an die Regierungschefs der zehn neuen Mitgliedstaaten.

Mit freundlichen Grüßen,

Gerhard Schröder Jacques Chirac Tony Blair.“

### Gemeinsame Pressekonferenz

von Staatspräsident Jacques Chirac, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Premierminister Tony Blair nach dem französisch-deutsch-britischen Treffen, Berlin, 18. Februar 2004 (Auszüge):<sup>2</sup>

Chirac: „Ich möchte nur dem Bundeskanzler ganz herzlich danken, der diese Initiative ergriffen und dieses Treffen organisiert hat, das uns die Möglichkeit gegeben hat – er hat das bereits im Wesentlichen zusammengefasst –, durch unsere Überlegungen und unsere Erfahrungen einen wichtigen Beitrag zur Kommission und zur irischen Präsidentschaft zu leisten, vor allem im Rahmen der Vorbereitungen für den nächsten Europäischen Rat. [...]

Ein Punkt, der eher die französische Presse interessiert – aber der Bundeskanzler und die ausländische Presse werden mir das gestatten: Wir haben mit dem Bundeskanzler unsere Debatte darüber beschlossen, dass Frankreich seine Mehrwertsteuer im Gastronomiebereich senken und diese Reform 2006 durchführen darf. Ich verstehe, dass man hier und da darüber lachen kann, in Frankreich lacht man darüber jedenfalls keineswegs. Im Gegenteil, die Erwartungen sind bei diesem Problem enorm hoch. Daher wollte ich einfach dem Bundeskanzler und allen deutschen Stellen herzlich danken, dass sie Verständnis für ein besonderes Problem gezeigt haben, das die Beschäftigung in unserem Land betrifft.“

Frage: „Es hat in Europa bezüglich dieses Treffens viel Kritik gegeben. Wie reagieren Sie darauf?“

Chirac: „Ich verstehe diese Kritik überhaupt nicht – wenn es sich nicht um Polemik handelt, und ich will nicht davon ausgehen, dass es sich um Polemik handeln könnte. Es gibt schon immer Treffen innerhalb Europas zwischen den verschiedenen Ländern. Die nordischen

Länder treffen sich regelmäßig, ebenso die Benelux-Länder. Und genauso nehmen wir an den Weimarer Treffen oder am Visegrad-Treffen teil. Es gibt schon immer die deutsch-französischen Treffen, auch auf staatlicher Ebene. Wir treffen uns heute nicht zum ersten Mal zu dritt, und wir haben ganz klar gesagt, was wir wollen. Wir wollen über allgemeine Probleme sprechen, die ganz Europa angehen, und wir wollen unsere Schlussfolgerungen und unsere Überlegungen für die Vorbereitung des nächsten Europäischen Rats positiv mitteilen, der irischen Präsidentschaft – die das voll und ganz verstanden hat und sich darüber freut, soviel ich weiß – und der Kommission. Ich verstehe daher überhaupt nicht, was man einem solchen Treffen ernsthaft zum Vorwurf machen kann.“

Frage: „Werden Sie regelmäßig zu solchen Treffen zusammenkommen, in der Art der deutsch-französischen Blaesheim-Treffen?“

Chirac: „Alle Begegnungen, bei denen man eine bestimmte Vorstellung dessen erarbeiten kann, was wir für das Europa von morgen wollen und was wir daraus für die notwendigen Reformen folgern können, sind gut, also machen wir weiter. Von Blaesheim zu sprechen, ist meiner Meinung nach nicht angebracht. Jeder weiß und versteht, dass das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ein besonderes ist, das nicht exportiert werden kann, zumindest nicht kurzfristig. Es ist eine sehr tiefgehendes Verhältnis, das nicht nur in den Blaesheim-Treffen Ausdruck findet, sondern auf der Ebene der Verantwortungsträger unserer beiden Länder fast alltäglich ist, würde ich sagen. Man kann es also nicht vergleichen. Aber ich glaube dagegen, dass eine echte Koordinierung der Überlegungen zwischen Großbritannien, Deutschland und Frankreich und dann auch der anderen äußerst positiv ist, und ich danke dem Bundeskanzler für diese Initiative.“

2 Quelle: Französische Botschaft, [www.botschaft-frankreich.de](http://www.botschaft-frankreich.de), veröffentlicht am 20.2.2004.

## Das Dokument

# 18. Blaesheim-Treffen in Paris: Kampf gegen den Terrorismus

## Gemeinsame Pressekonferenz von Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder, 16. März 2004

Im Rahmen des Blaesheim-Prozesses kamen der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder und der französische Staatspräsident Jacques Chirac am 16. März 2004 in Paris zusammen. Nach den Attentaten in Madrid bekräftigten sie dabei ihre Entschlossenheit beim gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus und gaben der Hoffnung einer schnellen Verständigung über die europäische Verfassung Ausdruck, wobei die deutsche und französische Sichtweise identisch seien, so Staatspräsident Chirac. Andere Themen waren die weiteren Erweiterungen der EU und die Lage im Nahen Osten und im Irak. Stellungnahmen von Staatspräsident Chirac in Auszügen:<sup>1</sup>

„Im Anschluss an das Gespräch mit dem Bundeskanzler und mit seinem Einverständnis möchte ich zunächst die Attentate erwähnen, die Madrid getroffen haben. Ein weiteres Mal hat der Terrorismus sein hasserfülltes und barbarisches Gesicht gezeigt. Wir alle waren fassungslos angesichts dieser verabscheuungswürdigen Tat. Wir haben unsere Solidarität mit den Opfern und mit unseren spanischen Mitbürgern zum Ausdruck gebracht, deren Trauer wir natürlich mittragen.

Vergangenen Freitag habe ich den Premierminister und die zuständigen Minister einberufen, um die nötigen Entscheidungen zur Stärkung unserer Vorwarnsysteme sowie unserer Kontroll- und Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, insbesondere im Rahmen des Plans Vigipirate (Alarmstufenplan). In der Vergangenheit hat Frankreich dem Terrorismus einen hohen Tribut gezahlt. Heute ist Frankreich nicht ausdrücklich ein Ziel, es ist jedoch wie alle Demokratien nicht vor terroristischen Angriffen sicher. Wachsamkeit ist Pflicht. Die Regierung und all unsere Dienststellen sind in Alarmbereitschaft. Sie arbeiten natürlich eng mit unseren Partnern zusammen. Zusammen mit ihnen werden wir dem europäischen Aktionsplan gegen den Terrorismus mehr Gewicht verleihen. Das haben wir ausdrücklich

heute morgen gesagt. Wir werden unsere Geheim- und Polizeidienste sowie unsere Justizsysteme koordinieren. Angesichts der Bedrohung und unter Achtung der Freiheiten und des Rechtsstaates wird Europa seine Bürger schützen. Diese Forderung wird den Mittelpunkt der Arbeiten des nächsten Europäischen Rates darstellen.

Die internationale Gemeinschaft muss mit vereinten Kräften und unermüdlich gegen den Terrorismus kämpfen. Blicken wir aber weiter voraus. Wir müssen auch gemeinsam die Konflikte beenden, die den Zorn und die Frustration der Völker nähren, um gegen Armut, Erniedrigung und Ungerechtigkeit – Brutstätten für Gewalt – vorzugehen. Wir müssen Hoffnung, Solidarität, Dialog und insbesondere den Dialog der Kulturen dem angeblich schicksalhaften Aufeinanderprallen der Kulturen vorziehen. Dem Terrorismus müssen wir Kraft und Entschlossenheit entgegenbringen. Aber wir müssen auch in der Welt die Werte der Achtung, insbesondere der Achtung des anderen, der Gerechtigkeit und der Solidarität bekräftigen.

[...] Ein weiteres Gesprächsthema war die Vorbereitung des nächsten Europäischen Rates. Die Haltung Frankreichs und Deutschlands zugunsten der möglichst schnellen Einsetzung einer Verfassung, die so weit wie möglich dem Vorschlag des Konvents entspricht, und zugunsten der Reform der Institutionen ist bekannt. Je schneller dies geschieht desto besser. Wir vertrauen hier der irischen Präsidentschaft, dass sie die besten Lösungen zum Erreichen dieses Zieles findet. Wir glauben in jedem Fall, dass diese Reform vor Ende des Jahres abgeschlossen sein wird. Die Haltungen Deutschlands und Frankreichs zur doppelten Mehrheit, zur Zusammensetzung der Kommission und zu den Modalitäten, wie Entscheidungen mehrheitlich oder einstimmig im Rat getroffen werden sollen, sind identisch und bekannt. [...]“

1 18. Begegnung der Regierenden der Nachbarländer im Rahmen des Blaesheim-Prozesses seit 2001. Quelle: Französische Botschaft, [www.botschaft-frankreich.de](http://www.botschaft-frankreich.de), veröffentlicht am 17.3.2004.

## Das Dokument

# EU-Frühjahrgipfel in Brüssel: Lösung im Verfassungsstreit in Sicht

Abschließende Pressekonferenz, 25. / 26. März 2004

Staatspräsident Jacques Chirac nahm auf einer abschließenden Pressekonferenz am Ende des Europäischen Rates in Brüssel am 26.3.2004 zu den Ergebnissen und Themen des Gipfels Stellung (Auszüge):<sup>1</sup>

„[...] Nach unserer Konferenz über den Terrorismus sprachen wir über die europäischen Institutionen beziehungsweise untersuchten den Bericht des irischen EU-Präsidenten, Bertie Ahern, über seine Sicht der Möglichkeiten einer schnellstmöglichen Einigung, die den Vorschlägen des Konvents möglichst genau entspricht. Ich habe heute das Gefühl, dass es, wie die irische Präsidentschaft auch erwähnt hat, gleichzeitig notwendig und dieses Mal auch möglich ist, beim nächsten EU-Gipfel am 17. und 18. Juni zu einer Einigung zu gelangen.

[...] Das europäische Aufbauwerk ist in der heutigen Welt wirklich eine große Herausforderung. Wir sehen, dass die Entwicklung der Welt unabwendbar zu einer Stärkung der Union, Europas und seiner Präsenz in der Welt führt. Es ist ein wesentliches Element für Stabilität, Frieden und die Verbreitung der Menschenrechte. Ich denke, wir alle müssen uns über die kleinen Sorgen und Beunruhigungen, die wir berechtigterweise zum Ausdruck bringen, hinaus engagieren, wie es auch die Staats- und Regierungschefs anlässlich dieses Rates getan haben, um die Chancen auf ein starkes und geeintes Europa zu erhöhen, das fähig ist, die ihm gebührende Rolle in der Welt von morgen zu spielen, was Stabilität und Frieden betrifft; das aber auch fähig ist, die Interessen der Europäer gegenüber dieser Welt zu verteidigen. Wenn ich von Interessen spreche, bezieht sich das sowohl auf Frieden als auch auf die Wirtschaft, auf unseren Sozialpakt und auf dessen Verteidigung. Es ist heute die große Herausforderung für die europäischen Verantwortlichen, unabhängig von ihrer Herkunft, diese Stärkung vorzunehmen. In diesem Sinne denke ich, dass wir einer Lösung für die notwendige Reform unse-

rer Institutionen vor dem nächsten Europäischen Rat bevorstehen.

Am Morgen haben wir über die Strategie von Lissabon gesprochen. [...] Es geht darum, uns in die Lage zu bringen, gemeinsam und mit vereinten Kräften bestimmte Aktionen zu fördern, die die Forschung, den Erfolg der Forschung, der Innovation, der Beschäftigung und des Kampfes gegen die Entindustrialisierung, kurz gesagt die nachhaltige Förderung des Wachstums, ermöglichen. [...]

Ferner haben wir über internationale Angelegenheiten gesprochen. Wir sprachen über die Probleme mit Zypern [...], über die Lage in Irak und im Nahen Osten, insbesondere im Lichte der Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern, über den Plan eines „großen Mittleren Ostens“. Da haben wir allerdings ein leichtes Unbehagen und eine gewisse Unruhe aller Vertreter der 25 Mitgliedstaaten beziehungsweise zukünftigen Mitgliedstaaten bemerkt. Schließlich hat der Rat auf Initiative Frankreichs [...] einstimmig eine Resolution zu Côte d'Ivoire verabschiedet. Sie soll unsere Überzeugung untermauern, dass alleine die vollständige und unverzügliche Anwendung des Abkommens von Marcoussis dieses Land zu mehr Stabilität und vor allem zu einer Politik der Versöhnung führen kann.

[...] Zur Türkei: Die Bemühungen der Türkei um eine Integration aller Regelungen bezüglich Demokratie, Menschenrechten und Marktwirtschaft sind nicht zu leugnen. Diese Bemühungen sind offensichtlich, das kann niemand bestreiten. Das Problem besteht darin, zu wissen, ob sie tatsächlich in die Gebräuche eingegangen sind oder ob sie noch darin eingehen werden. Hierzu warten wir auf den Bericht der Kommission, der uns, glaube ich, im Oktober vorgelegt werden soll. Dieser Bericht wird uns ermöglichen, zu entscheiden, ob Anlass besteht, die Verhandlungen aufzunehmen oder nicht. Diese werden selbstverständlich lange andauern. [...]"

<sup>1</sup> Europäischer Rat in Brüssel, Pressekonferenz mit Staatspräsident Jacques Chirac, Brüssel, 26. März 2004. Quelle: Französische Botschaft, veröffentlicht am 29.3.2004.